



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Januar 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 477 Postulat Roth David und Mit. über Zugang zu Impfung und Corona-Tests auch für Menschen ohne Hausarzt und Krankenversicherung / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 477 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 112 zu 1 Stimme zu.

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. David Roth hält an seinem Postulat fest.

David Roth: In diesem Vorstoss geht es einzig und allein darum, eine weitere Lücke zu schliessen, was für die Bekämpfung der Pandemie und somit für die Gesamtbevölkerung notwendig ist. Ich bitte Sie, hier nicht Ihre sonstigen politischen Vorstellungen und Ansichten zu Sans-Papiers einfließen zu lassen. Es geht jetzt einzig und allein darum, dass Tests und Impfungen für alle Personen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus zugänglich sind. Dabei gibt es zwei Probleme: die Kosten und die Anonymität. Wir haben je nach Schätzungen Tausende von Personen ohne Aufenthaltsbewilligung hier. Diesen müssen wir den Zugang zu Impfungen und Testungen ermöglichen, denn sonst werden sie sich nicht testen lassen. Zu den Kosten: Bei den Impfungen, welche nicht direkt über die Krankenkassen abgerechnet werden, sondern bei denen am Schluss der Betrag auf alle Krankenkassen nach Marktanteil verteilt wird, scheint mir eine lösbare Geschichte. Bei den Tests aber nicht. Dort wird direkt über die Krankenkasse abgerechnet. Wenn jemand keine Krankenkasse hat, muss er den Test sofort bar zahlen können. Das wird verhindern, dass Leute sich testen lassen. Hier braucht es eine Änderung, damit Sans-Papiers einen anderen Zugang zu Tests finden. Wenn sich Personen nicht testen, bedeutet dies nämlich, dass wir Infektionsketten nicht unterbrechen können. Das schadet schlussendlich uns allen und auch den Personen ohne Aufenthaltsbewilligung. Welche Personen sind besonders betroffen? Solche, die den öV nutzen, solche, die in Branchen mit viel Kontakt zu anderen Personen arbeiten, und solche, die in beengten Wohnverhältnissen leben. All diese Kriterien treffen auf Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus zu. Zur Anonymität: Wenn man etwas nicht anonym machen kann, machen es Sans-Papiers nicht, weil sie Angst haben, entdeckt zu werden. Hier spielt das Vertrauen eine viel höhere Rolle als die effektive reale Gefahr. Um das Vertrauen herzustellen, muss man über bereits bekannte Vertrauensorganisationen gehen wie das Rote Kreuz oder Hausärztinnen und Hausärzte. Die Prüfung zur Schaffung eines solchen Kanals und das Finden von Lösungen wären gemeinsam mit diesen Organisationen, die mit Sans-Papiers im Kontakt sind, durchaus möglich und notwendig. Ich möchte noch auf die Dimensionen hinweisen: Allein die Sans-Papiers-Beratungsstelle, die von der katholischen und der reformierten Kirche getragen wird, hatte 150 Anfragen von Personen, die nicht wussten, wo sie sich testen lassen können. Sie wurden auf die möglichen Orte und die Kosten hingewiesen und die allermeisten liessen sich dann nicht testen. Das führt zu

unentdeckten Fällen, zu Infektionsketten, die nicht unterbrochen werden können, und zu einer Schädigung der Menschen und der Wirtschaft unseres Kantons. Darum bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären und danke für eine unpolemische Entscheidung.

Räto B. Camenisch: Sans-Papiers leben bei uns in der Illegalität. Personen, die keine Krankenkasse haben, eben auch, denn dafür besteht ein Obligatorium. Jetzt will mein Vorredner eine Gleichberechtigung mit der normalen, ihre Pflichten erfüllenden Bevölkerung. Wir stehen durch die Pandemie unter Druck. Wir müssen impfen, und wir müssen testen, und zwar möglichst breit und vollständig. Da muss man wohl über seinen Schatten springen und sagen, dass wir eine Lösung brauchen. Das hat die Regierung auch skizziert. Die Tests werden von der Krankenkasse bezahlt, wenn man Symptome hat. Die Regierung schreibt, sonst könne man das Feld leer lassen. Das wird dann offenbar vom Kanton bezahlt. Die Anonymität ist so eine Sache. Wie wollen Sie Contact-Tracing betreiben ohne Angabe von Adresse und Namen? Das Berufsgeheimnis der dort arbeitenden Personen muss gesichert sein, und das ist es auch. Bei der Impfung ist es eigentlich das Gleiche. Auch dort brauchen wir Namen und Adresse, weil wir die zweite Impfung sicherstellen müssen. Das ist wichtig, und dazu kommen noch allfällige Nebenwirkungen, die aufgeschrieben werden müssen. Auch hier muss das Berufsgeheimnis erhalten, und das genügt hier, denn es genügt auch sonst für das normale Leben. Trotzdem hat der Regierungsrat seine Bereitschaft erklärt, allenfalls für die Sans-Papiers eine spezielle Anlaufstelle zu schaffen, und darum wird die SVP-Fraktion für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats stimmen. Die SVP macht aber noch eine Bemerkung: Für solche Personen ohne gültige Aufenthaltsbewilligung müssen wir immer wieder Ausnahmen machen. Dafür brauchen wir eine Legitimation für die arbeitende Bevölkerung, die hier Steuern bezahlt. Diese Personen leben bei uns in einer Parallelgesellschaft. Das ist völlig unbefriedigend sowohl für unsere Leute als auch für die Betroffenen. Wir möchten, dass man aufhört, das Problem immer vor sich herzuschieben. Man sollte einmal für diese Personen eine Lösung finden.

Judith Schmutz: Kaum ein Thema ist momentan umstrittener und steht mehr in der Kritik als die Corona-Impfung und deren Handhabung. Die einen sind dafür, die anderen dagegen, aber das ist hier nicht das Thema. In dieser ganzen Diskussion um die Impfung und die Impfpflicht wird eine wichtige Gruppe vergessen, nämlich die Sans-Papiers. Die sehr theoretische Stellungnahme der Regierung hat mich ehrlich gesagt etwas überrascht und kommt etwas naiv daher. Ich würde gerne wissen, woher der Regierungsrat die Kenntnis hat, dass sich Sans-Papiers ohne Krankenkasse nicht davon abhalten lassen, sich zu impfen. Ich weiss nicht, woher diese Zahlen kommen. Wenn man mit der Sans-Papiers-Stelle gesprochen hätte, wäre man wohl auf ein ganz anderes Resultat gekommen. Die Antwort des Regierungsrates ist für mich auch etwas realitätsfremd. Ja, in der Theorie haben die Sans-Papiers das Recht, eine Krankenversicherung zu haben. Auch sollten ihre Daten nicht weitergegeben werden, sofern sie sich überhaupt ausweisen können. Aber wir müssen schon auch berücksichtigen, wie weit wir damit in der Realität kommen. Es kommt so weit, dass sich kranke Sans-Papiers nicht einmal helfen lassen wollen, weil sie Angst vor einer Entdeckung haben. Das Ganze hört sich in der Theorie sehr gut an, funktioniert aber in der Praxis nicht. Die Möglichkeit von kostenlosen und anonymisierten Corona-Tests muss für alle Menschen im Kanton Luzern möglich sein, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und der Dicke ihres Portemonnaies. Nur so können wir Corona effektiv bekämpfen. Im Sinn der Gesundheit aller müssen alle Menschen die Möglichkeit zu Corona-Tests und -Impfungen haben. Sans-Papiers leiden in der Corona-Krise besonders. Als Parlament haben wir schon so viel Geld gesprochen, um betroffene Menschen und Unternehmen zu unterstützen. Die Sans-Papiers haben bis jetzt noch keine Unterstützung bekommen. Sie haben aber auch keine Lobby. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären, damit eine möglichst unkomplizierte Lösung analog zu anderen Kantonen gefunden werden kann. Es ist denkbar, dass sich Sans-Papiers eher getrauen, wenn sie sich an das Rote Kreuz wenden können.

Stephan Schärli: Ich muss Kantonsratskollege David Roth recht geben: Wir dürfen nichts unterlassen, um die Pandemie in den Griff zu bekommen. Die Stellungnahme der Regierung zeigt aber gut auf, dass sich die Tests und Impfungen bei Menschen, die nicht registriert

sind, sehr schwierig gestalten. David Roth hat mir erklärt, dass es im Kanton Bern eine Organisation gibt, die dies anonym durchführt. Wir haben aber in unserem Gesundheitswesen eine klare Schweigepflicht, und so werden keine Daten an die Justiz oder die Polizei weitergegeben, auch nicht diejenigen von Sans-Papiers. Ich verstehe die Erklärungen meiner Vorredner. Aus medizinischer Sicht wäre es aber auch wichtig für die Weiterbetreuung – vor allem bei schweren Krankheitsverläufen –, diese Informationen im medizinischen Dossier weitergeben zu können, um so eine gute Versorgung zu gewährleisten auch für Menschen, die nicht eingetragen sind. Wäre es dann nicht angebracht, Aufklärungsarbeit zu leisten und nicht eine Anonymisierung zu unterstützen? Ich habe dies mit David Roth im Vorfeld besprochen, und ich finde, dass man anonymisierte Tests vielleicht unterstützen müsste, aber auf gar keinen Fall die Impfungen. Wir konnten uns nicht einigen, aber die CVP-Fraktion stimmt für die teilweise Erheblicherklärung.

Claudia Huser Barmettler: Ich kenne mich in den Abläufen zu wenig aus, aber diese Thematik muss doch irgendwie lösbar sein. Dass Sans-Papiers gegenüber dem Angeben von Daten ein grosses Misstrauen hegen, ist nicht überraschend. Die Worte von Stephan Schärli habe ich gehört. Ich glaube, wenn wir eine intermediäre Stelle hätten, dann könnte die Nachbetreuung über diese laufen. Wir brauchen hier eine Lösung, denn wir müssen schauen, dass sich möglichst viele Personen testen lassen und alle, die es wollen, sich impfen lassen können. Ich weiss, dass dieses Thema nicht einfach ist. Wir hoffen aber, dass der Regierungsrat für diese Personen eine Lösung findet, die den Datenschutz gewährleistet. Mit der Sans-Papiers-Stelle oder dem Roten Kreuz würde man schon Partner dafür finden. Die GLP-Fraktion stimmt für die Erheblicherklärung des Postulats.

David Roth: Ich danke für die differenzierten und verständnisvollen Voten. Noch ein ganz konkreter Vorschlag: Die Leute haben Angst, in ein kantonales Impf- oder Testzentrum zu gehen. Könnte man nicht zumindest bei den Testungen ein oder zwei Hausärzte oder das Rote Kreuz benennen, auf welche die Sans-Papiers-Stelle zur anonymen Testung verweisen kann? Die Aufklärung würde durch diese Ärzte erfolgen, und das Contact-Tracing könnte von diesen Personen selbst gemacht werden, wie das in der Vergangenheit auch schon von einigen Luzernerinnen und Luzernern gemacht wurde. Die Alternative ist, dass wir gar nichts haben, keine Testergebnisse und keine Nachverfolgung der Infektionsketten.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Eine Vorbemerkung zum Votum von Judith Schmutz: Wir sind näher dran, als Sie denken. Ich möchte kurz erklären, wie eine Corona-Taskforce zusammengestellt ist und was sie alles macht. Es geht nicht nur um das Tagesgeschäft und nicht nur um Sans-Papiers. Wir haben auch obdachlose Menschen und Grenzgänger, für die wir eine Lösung finden müssen. Die Taskforce besteht aus dem Chef der Dienststelle Gesundheit und Sport (DISG), dem Kantonsarzt und seinem Stellvertreter, dem Kantonsapotheker, dem Chef des kantonalen Führungsstabs, dem Chef des Projektes Impfen, der Dienststellenleiterin der DISG, welche uns ein wichtiges Bild mitbringt, den Spitälern (LUKS, Hirslanden, SPZ, Lups), der Ärztesgesellschaft, der Curaviva, der Spitex Kantonalverband Luzern, dem Medical Center, dem Luzerner Apothekerverein, dem Chef des KJPD, dem Leitenden Arzt der Notfallmedizin, dem Chef der ambulanten Einheiten, dem Chef des Fachbereichs Gesundheit und der ganzen Kommunikation. Damit will ich aufzeigen, dass in der Gesundheitsversorgung die ganze Palette abgedeckt wird, auch die Herausforderungen betreffend Sans-Papiers, Obdachlose oder Grenzgänger. Das Impfen ist wirklich kein Problem, und diese Erfahrung haben wir heute schon. Es kann sich jeder anmelden, dafür brauchen wir keine Versicherungsnummer. Am Schluss wird die Menge abgerechnet nach OKB, und das zahlt der Bund. Eine Herausforderung besteht beim Testen, und es gibt Handlungsbedarf. Wir müssen eine Lösung finden, auch für obdachlose Menschen. Heute gibt es bereits die Möglichkeit, dass die Spitäler Sans-Papiers oder obdachlose Menschen unkompliziert behandeln. Für das Testen haben wir noch keine Lösung, und wir werden dies anschauen müssen. Wir sind hier dran. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, dieses Postulat teilweise erheblich zu erklären. Das Impfen haben wir im Griff, das Testen noch nicht.

Der Rat erklärt das Postulat mit 74 zu 39 Stimmen teilweise erheblich.